LENA CARLA WEBER

Die Verwirkung von Unterlassungsansprüchen im Lauterkeitsrecht

Geistiges Eigentum und Wettbewerbsrecht 204

Mohr Siebeck

Geistiges Eigentum und Wettbewerbsrecht

herausgegeben von

Peter Heermann, Axel Metzger, Ansgar Ohly und Olaf Sosnitza

204



Lena Carla Weber

Die Verwirkung von Unterlassungsansprüchen im Lauterkeitsrecht

Lena Carla Weber, geboren 1990; Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Konstanz und der Université René Descartes Paris; Rechtsreferendariat im OLG-Bezirk Karlsruhe; Rechtsanwältin in Frankfurt; 2023 Promotion; Rechtsanwältin und Corporate Counsel in München.

ISBN 978-3-16-164258-6/eISBN 978-3-16-164259-3 DOI 10.1628/978-3-16-164259-3

ISSN 1860-7306/eISSN 2569-3956 (Geistiges Eigentum und Wettbewerbsrecht)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind über https://dnb.dnb.de abrufbar.

© 2025 Mohr Siebeck Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Verbreitung, Vervielfältigung, Übersetzung und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Recht einer Nutzung der Inhalte dieses Werkes zum Zwecke des Text- und Data-Mining im Sinne von § 44b UrhG bleibt ausdrücklich vorbehalten.

Gedruckt auf alterungsbeständiges Papier.

Mohr Siebeck GmbH & Co. KG, Wilhelmstraße 18, 72074 Tübingen, Deutschland www.mohrsiebeck.com, info@mohrsiebeck.com

Vorwort

Diese Arbeit wurde vom Fachbereich Rechtswissenschaft der Universität Konstanz im Wintersemester 2021/2022 als Dissertation angenommen.

An erster Stelle bedanke ich mich bei meinem Doktorvater Herrn Prof. Dr. *Jochen Glöckner*, LL.M. (USA), der mich bereits während meines Studiums für den Gewerblichen Rechtsschutz begeistert hat. Er hat mein Promotionsvorhaben mit seiner wertvollen Expertise begleitet und gefördert. Sein Engagement und seine inspirierenden Anregungen haben maßgeblich zum Gelingen meiner Promotion beigetragen. Ferner danke ich herzlich Herrn Prof. Dr. *Christian Picker* für die rasche Erstellung des Zweitgutachtens.

Ebenso bedanke ich mich bei den Herausgebern der Schriftenreihe "Geistiges Eigentum und Wettbewerbsrecht" – in alphabetischer Reihenfolge – Prof. Dr. *Peter W. Heermann*, LL.M. (Univ. of Wisc.), Prof. Dr. *Axel Metzger*, LL.M. (Harvard), Prof. Dr. *Ansgar Ohly*, LL.M. (Cambridge) und Prof. Dr. *Olaf Sosnitza* für die Aufnahme meiner Arbeit in diese Schriftenreihe.

Meinen Eltern und meiner Schwester möchte ich meinen tief empfundenen Dank aussprechen. Sie haben mich während des Studiums und der Promotion auf vielfältige und verlässliche Weise unterstützt. Ihnen ist diese Arbeit gewidmet. Ferner danke ich meinem Onkel *Karl Stoll* für seinen Zuspruch und seine stete Unterstützung, die von großem Wert für mich waren.

Meinem Partner *Johannes Hegele*, LL.M. (Berkeley) danke ich von Herzen für seine kluge Geduld und seinen liebevollen Rückhalt, die mehr bedeuten, als es Worte fassen könnten.

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	XI
1. Teil: Einführung	1
A. Problemstellung	3
I. Lauterkeitsrechtliche Unterlassungsansprüche	4
II. Rechtsprechungsänderung zur Verwirkung bei Unterlassungsansprüchen	5
B. Gang der Untersuchung	11
2. Teil: Allgemeiner Teil: Verwirkung infolge Zeitablaufs gem. § 242 BGB im Bürgerlichen Recht	13
A. Begriff "Verwirkung"	15
I. Allgemeiner Sprachgebrauch	15
II. Juristische Terminologie	15
III. "Verwirkung infolge Zeitablaufs" gem. § 242 BGB	17
B. Rechtsgrundlagen der Verwirkung	19
I. Ursprünge und Entwicklung der Verwirkung	19
II. Bedeutung der Rechtsgrundlage in Treu und Glauben gem. § 242 BGB	33
III. Ergebnis	61
C. Voraussetzungen der Verwirkung	63
I. Prüfung der Voraussetzungen: Zeit- und Umstandsmoment	63
II. Zeitablauf der Verwirkung	64

VIII II	haltsübersicht
---------	----------------

III.	Besondere Umstände	73
IV.	Wechselwirkung der Voraussetzungen	88
V.	Erforderliche Interessenabwägung	90
IV.	Ergebnis	90
D.	Rechtsfolge der Verwirkung	93
I.	Einrede oder Einwendung	93
II.	Rechtshemmende oder rechtsvernichtende Wirkung	94
III.	Reichweite der Verwirkung	96
IV.	Ergebnis	96
E. 1	Abgrenzung der Verwirkung von anderen Rechtsinstituten	99
I.	Verjährung, §§ 194 ff. BGB	99
II.	Verschweigung	104
III.	Unzulässige Rechtsausübung, §§ 226, 826 BGB	105
IV.	Verzicht	106
V.	Ersitzung	110
VI.	Erwirkung	111
VII.	Ergebnis	112
F. I	Bedeutung des Vertrauensschutzprinzips für die Verwirkung	113
I.	Verwirkung und Vertrauensgedanke	113
II.	Hintergrund des Vertrauensschutzprinzips	115
III.	Vertrauensmechanismus bei der Verwirkung	121
IV.	Ergebnis	124
G	Anwendungsbereich der Verwirkung	127
I.	Rechtsausübungsfreiheit	127
II.	Subjektive Rechte	128
III.	Absolute Rechte	129
IV	Verteidigungsmittel des Schuldners	132

	Inhaltsübersicht	IX
V.	Ergebnis	134
Н.	Ausnahmen und Einschränkungen	135
I.	Gesetzliche Sonderregeln	135
II.	Verwirkung von Unterlassungsansprüchen	136
III.	Ergebnis	145
I. (Gesamtergebnis zum Allgemeinen Teil	147
	Peil: Besonderer Teil: Verwirkung von terlassungsansprüchen im Lauterkeitsrecht	149
Α.`	Verwirkung im Kennzeichenrecht	151
I.	Verwirkungsformen im Kennzeichenrecht	151
II.	Verhältnis der Verwirkungsformen	156
III.	Ergebnis	158
В. ч	Verwirkung im Lauterkeitsrecht	159
I.	Charakterisierung des Lauterkeitsrechts	159
II.	Rechtsgrundlage der Verwirkung	179
III.	Bedeutung der Verwirkung im Lauterkeitsrecht	181
IV.	Unterlassungsansprüche im Lauterkeitsrecht	189
V.	Mehrdimensionale Interessenlage im Wettbewerbsrecht	212
VI.	Anwendungsbereich der Verwirkung im Lauterkeitsrecht	224
VII.	Voraussetzungen der Verwirkung im Lauterkeitsrecht	227
C. A	Anknüpfung des verwirkungsrelevanten Zeitablaufs	243
I.	Paradigmenwechsel der Rechtsprechung	244
II.	Entscheidungen zur Verwirkung von Unterlassungsansprüchen	245
III.	Übertragung der Rechtsprechung ins Lauterkeitsrecht	252
IV.	Differenzierung zwischen Dauer- und Wiederholungshandlungen	263
V.	Dogmatik der Verwirkung	273

٦	

Inhaltsübersicht

D.	Lösungskonzepte	299
I.	Normative Zusammenfassung von Verletzungshandlungen	299
II.	Gegenstand der Verwirkung	308
III.	Lösung im Vertrauensschutzprinzip	322
4. Т	Teil: Gesamtergebnis der Untersuchung	331
Lit	eraturverzeichnis	335
Re	gister	357

Inhaltsverzeichnis

Vo	rwort	V
Inl	haltsübersicht	VII
1.	Teil: Einführung	1
A.	Problemstellung	3
I.	Lauterkeitsrechtliche Unterlassungsansprüche	4
II.	Rechtsprechungsänderung zur Verwirkung	
	bei Unterlassungsansprüchen	5
1.	Jeweiliger Neubeginn der Verwirkung	
	bei Wiederholungshandlungen	6
2.	Eingeschränkte Verwirkung von	
	lauterkeitsrechtlichen Unterlassungsansprüchen	6
	a) Wesen der Verwirkung	7
	aa) Gleichlauf von Verjährung und Verwirkung	7
	bei Wiederholungshandlungenbb) Verletzungshandlung im Rahmen der Verwirkung	8
	b) Schutzwürdigkeit des Schuldners	8
	aa) Vertrauen des Schuldners	8
	bb) Differenzierung nach der Art der Verletzungshandlung	9
3.	Unzureichende Auseinandersetzung im Schrifttum	10
В.	Gang der Untersuchung	11
2. 7	Teil: Allgemeiner Teil: Verwirkung infolge Zeitablaufs	
	m. § 242 BGB im Bürgerlichen Recht	13
A.	Begriff "Verwirkung"	15
<i>I</i> .	Allgemeiner Sprachgebrauch	15
<i>II</i> . 1.	Juristische Terminologie	15 16

2.	Nicht normierte Falle des Verwirkungsbegriffs	16
III.	"Verwirkung infolge Zeitablaufs" gem. § 242 BGB	17
B. l	Rechtsgrundlagen der Verwirkung	19
<i>I</i> . 1.	Ursprünge und Entwicklung der Verwirkung	19 20
	a) "Bona fides"	21 23
2.	Rechtsprechungsentwicklung der Verwirkung	24 25
	b) Entscheidungen des Reichsgerichtsc) Dogmatische Zuordnung der Verwirkung durch das Reichsgericht	26
	in § 242 BGB	27 27 29
II.	Bedeutung der Rechtsgrundlage in Treu und Glauben gem. § 242 BGB	33
1.	Fehlende ausdrückliche Normierung der Verwirkung	33
	a) Normierung des Grundsatzes von Treu und Glauben	34 37
	sittenwidriger Schädigungen	38
2.	d) Anwendung der Verwirkung trotz fehlender Normierung Grundsatz von Treu und Glauben gem. § 242 BGB	39 40
_,	a) Begriff "Treu und Glauben"	40
	aa) Wortsinn des Begriffspaars	40 41
	b) Bedeutung und Inhalt des Grundsatzes von Treu und Glauben	42
	aa) Herstellung von Einzelfallgerechtigkeit	43
	bb) Rekurs auf außerrechtliche und überrechtliche objektive Wertungen	44
	c) Treu und Glauben als Rechtsgrundlage der Verwirkung	45
3.	Verwirkung als unzulässige Rechtsausübung	46
	a) Begriffe "Rechtsmissbrauch" und "unzulässige Rechtsausübung"	47
	b) Ausprägung des Grundsatzes von Treu und Glauben in § 242 BGB	47
	c) Inhaltliche Schranke der Rechtsausübung	49
	d) Institutioneller und individueller Rechtsmissbrauch	50
	aa) Institutioneller Rechtsmissbrauch	50 51

	Inhaltsverzeichnis	XIII
4.	cc) Rechtsmissbrauch im Rahmen der Verwirkung Verwirkung als Fall des "venire contra factum proprium nulli	52
	conceditur"	52
	conceditur"	53
	b) Vertrauensschutz als Legitimationsgrund	54 55
	aa) Vertrauen im rechtlichen Kontextbb) Nicht-rechtsgeschäftliches Vertrauensschutzprinzip	55 56
	cc) Enttäuschtes Vertrauen	56
	widersprüchlichen Verhaltens	57
	widersprüchlichen Verhaltens	59
	aa) Treueverstoß im Rahmen der Verwirkungbb) Verwirkung als Sonderfall unzulässigen	59
	widersprüchlichen Verhaltens	60
III.	Ergebnis	61
C.	Voraussetzungen der Verwirkung	63
I.	Prüfung der Voraussetzungen: Zeit- und Umstandsmoment	63
<i>II</i> . 1.	Zeitablauf der Verwirkung	64
	verwirkungsrelevanten Zeitraums	65 65
	b) Stand der Rechtsprechung	66
	aa) Einfluss der maßgeblichen Verjährungsfrist	66
	kurzer Verjährungsfristen	67
	der Verjährungsfrist	68
2	bb) Relevanz sonstiger Faktoren	69 70
2. 3.	Flexibilität der Verwirkung als Ausübungsschranke Bedeutung des Zeitablaufs für die Verwirkung	70
٥.	a) Unselbständigkeit des Zeitablaufs	71
	b) Bedeutung des Zeitablaufs gegenüber den	
	besonderen Umständen	72
	c) Zeitablauf und Kontinuitätsinteresse	72
III.	Besondere Umstände	73
1.	Keine abstrakte Bestimmung der besonderen Umstände	74
2.	Schutzwürdiges Vertrauen des Schuldners	74 75

	aa)	Bloße Untätigkeit
	bb)	Vertrauensbegründender Verhaltensbeitrag
		rechnungselemente
		Risikosphäre des Gläubigers
		Kenntnis des Gläubigers
	,	trauenstatbestand
	-	Tatsächliches und berechtigtes Vertrauen
	,	Fehlende Schutzwürdigkeit des Vertrauens Vertrauensbegründende Umstände
		vor Anspruchsentstehung
		trauensinvestition
		Begriff "Vertrauensinvestition"
	bb)	Bedeutung von Vertrauensinvestitionen im Rahmen
		der Verwirkung
	cc)	Funktionsrelevanz von Vertrauensdispositionen
IV.	Wechs	elwirkung der Voraussetzungen
1.		gliches System" nach Wilburg
2.	Anwei	ndbarkeit des beweglichen Systems auf die Verwirkung
V.	Erfora	erliche Interessenabwägung
IV.	Ergebi	nis
D.	Rechts	folge der Verwirkung
I.	Einrea	e oder Einwendung
II.	Rechts	hemmende oder rechtsvernichtende Wirkung
III.	Reichv	veite der Verwirkung
IV.	Ergebi	iis
E. 2	Abgrer	zung der Verwirkung von anderen Rechtsinstituten
I.	Verjäh	rung, §§ 194 ff. BGB
1.	Prakti	sche Bedeutung der Unterscheidung
2.	Ratio	der Verjährung
3.	Tatbes	tand der Verjährung
4.		tandliche Unterschiede
5.	Prinzi	pielle Unabhängigkeit der Verwirkung von der Verjährung
II.	Versch	weigung
III.	Unzul	ässige Rechtsausübung, §§ 226, 826 BGB
IV	Verzic	ht

	Inhaltsverzeichnis	XV
1. 2.	Einseitiger Verzicht und Erlassvertrag Vertrauensauslösendes Verhalten und Verzichtserklärung a) Verzichtswille b) Erklärungsgehalt	106 107 107 108
V.1.2.	Ersitzung	110 110 111
VI.	Erwirkung	111
VII.	Ergebnis	112
F. I	Bedeutung des Vertrauensschutzprinzips für die Verwirkung	113
<i>I</i> . 1. 2.	Verwirkung und Vertrauensgedanke Bedeutung von Vertrauen für die Verwirkung Auseinandersetzung im Schrifttum	113 114 114
<i>II.</i> 1.	Hintergrund des Vertrauensschutzprinzips Allgemeine Hintergründe des Vertrauensschutzschutzprinzips a) Risikoentscheidung des Schuldners b) Vertrauen zur Reduktion von Unsicherheiten aa) Korrektiv und Ergänzung zur Privatautonomie bb) Eigenständigkeit des Vertrauensschutzprinzips Erwägungen für den Vertrauensschutz bei der Verwirkung	115 116 117 117 118 120 120
<i>III.</i> 1. 2.	Vertrauensmechanismus bei der Verwirkung Gläubigerverhalten als Anlass des Vertrauens Vertrauensbildung auf Seiten des Schuldners a) Vergegenwärtigtes Verhalten des Gläubigers b) Eigenverantwortliche Risikoentscheidung des Schuldners	121 122 122 122 123
IV.	Ergebnis	124
G	Anwendungsbereich der Verwirkung	127
I.	Rechtsausübungsfreiheit	127
II.	Subjektive Rechte	128
<i>III</i> . 1. 2.	Absolute Rechte	129 130 131
<i>IV</i> . 1. 2.	Verteidigungsmittel des Schuldners Einreden im technischen Sinn Einwendungen	132 132 133

V.	Ergebnis	134
Н.	Ausnahmen und Einschränkungen	135
I.	Gesetzliche Sonderregeln	135
II.	Verwirkung von Unterlassungsansprüchen	136
1.	Begrifflichkeiten	136
	a) Einzelhandlungen	136
	b) Wiederholungshandlungen	137
	c) Dauerhandlungen	137
2.	Maßgeblicher Inhalt der "Fuhrpark"-Entscheidung	138
3.	Untersuchung der "Fuhrpark"-Entscheidung	138
	a) Urteil des Reichsgerichts zur Verwirkung	
	von Schadensersatzansprüchen	139
	b) Verwirkungsrechtsprechung vor der "Fuhrpark"-Entscheidung	140
	c) Keine Aussage zu sich andauernd wiederholenden Störungen	140
	aa) Parallele zur Ausschlussfrist in § 864 Abs. 1 BGB	141
	bb) Keine formale Betrachtung des Zeitablaufs	142
	cc) Austauschbarkeit des maßgeblichen Störverhaltens	142
4.	Nach der "Fuhrpark"-Entscheidung ergangene Rechtsprechung	144
III.	Ergebnis	145
I. (Gesamtergebnis zum Allgemeinen Teil	147
3. T	Geil: Besonderer Teil: Verwirkung von	
	terlassungsansprüchen im Lauterkeitsrecht	149
A. `	Verwirkung im Kennzeichenrecht	151
I.	Verwirkungsformen im Kennzeichenrecht	151
1.	Spezialgesetzliche Verwirkung im Markengesetz	152
	a) Regelungsgegenstand	152
	b) Unionsrechtliche Vorgaben	154
2.	Allgemeine Verwirkungsgrundsätze	155
II.	Verhältnis der Verwirkungsformen	156
1.	Unterschiede	156
2.	Anwendbarkeit der Allgemeinen Verwirkungsgrundsätze	157
Ш	Ergehnis	158

	Inhaltsverzeichnis	XVII
B.	Verwirkung im Lauterkeitsrecht	159
I.	Charakterisierung des Lauterkeitsrechts	159
1.	Historischer Überblick	160
	a) Entwicklung der Regelungen zur Bekämpfung eines	
	unlauteren Wettbewerbs	161
	b) Ursprünglicher Schutzzweck des Lauterkeitsrechts	163
2.	Einfluss des Europarechts	164
	a) Primäres und sekundäres Europarecht b) Vertrauensschutz und Rechtsmissbrauch auf	165
	unionsrechtlicher Ebene	167 167
3.	Deliktsrechtliche Ausgestaltung	168
3.	a) Gemeinsame deliktsrechtliche Grundstruktur	169
	aa) Gegenstand des Deliktsrechts	169
	bb) Deliktsrechtliche Kategorien im Lauterkeitsrecht	170
	b) Wesentliche Unterschiede	172
	aa) Lauterkeitsrechtliche Maßstäbe für	1,2
	geschäftliche Handlungen	172
	bb) Sonderdeliktscharakter des Lauterkeitsrechts	175
4.	Zweck des Lauterkeitsrechts	175
5.	Ergebnis	178
II.	Rechtsgrundlage der Verwirkung	179
1. 2.	Rechtsmissbräuchliche Geltendmachung von Abwehransprüchen Eignung der Vorschrift des §8c UWG als Rechtsgrundlage für	179
	die Verwirkung	180
III.	Bedeutung der Verwirkung im Lauterkeitsrecht	181
1.	Entwicklung der Verwirkung im Lauterkeitsrecht	182
	a) Ursprünglicher Ansatz des Reichsgerichts	
	zum Warenzeichengesetz	182
	b) Verortung der Verwirkung in §§ 1 UWG (1909), 826 BGB	183
	c) Diskrepanz zur Verortung der Verwirkung	
	im Aufwertungsrecht	184
	d) Rechtsgrundlage der Verwirkung in § 242 BGB	184
	e) Entfaltung des Verbraucherschutzgedankens	
	im Lauterkeitsrecht	185
2.	Praktische Relevanz der Verwirkung im Lauterkeitsrecht	185
	a) Verjährungsregelung im Lauterkeitsrecht	186
2	b) Anwendungsbereich der Verwirkung	186
3.	Ergebnis	188
IV.		189
1.	Gesetzliche Unterlassungsansprüche	190

	a) Rechtsgrundlage gem. §8 Abs. 1 UWG	190
	b) Voraussetzungen der Unterlassungsansprüche	191
	aa) Verletzungsunterlassungsanspruch	192
	bb) Vorbeugender Unterlassungsanspruch	193
	c) Verhältnis lauterkeitsrechtlicher Unterlassungsansprüche	193
2.	Rechtliche und wirtschaftliche Charakteristika	194
	a) Realisierung der Präventivfunktion des Lauterkeitsrechts	194
	aa) Präventivfunktion des Lauterkeitsrechts	194
	(1) Verhinderung von Wettbewerbsverstößen	195
	(2) Kompensation im Lauterkeitsrecht	195
	(a) Unlauterkeit des Verhaltens und Schadenseintritt	195
	(b) Eingeschränkte Anspruchsbefugnis	
	für Schadensersatzansprüche	196
	bb) Zukunftsbezogenheit von	
	lauterkeitsrechtlichen Unterlassungsansprüchen	198
	cc) Präventionswirkung von	
	lauterkeitsrechtlichen Schadensersatzansprüchen	200
	dd) Zukunftsgestaltende Wirkung der Verwirkung	
	bei Unterlassungsansprüchen	201
	b) Durchsetzbarkeit von Unterlassungs-	
	und Schadensersatzansprüchen	202
	aa) Zivilrechtliche Durchsetzung	203
	(1) Weite Aktivlegitimation für Unterlassungsansprüche	
	gem. §8 Abs. 3 UWG	203
	(2) Effektive Verfolgung von Wettbewerbsverstößen	204
	bb) Beweiserleichterungen	205
	cc) Durchsetzung im vorläufigen Rechtsschutz	207
	(1) Unterlassungsansprüche im Eilrechtschutzverfahren	207
	(2) Verfügungsgrund in verwirkungsrelevanten Fällen	208
	(a) Verfügungsgrund	208
	(b) Selbstwiderlegung der Dringlichkeit	200
	in Verwirkungsfällen	209 209
3.	dd) Empfindlichkeit der Folgen	209
	Ergebnis	211
V.	Mehrdimensionale Interessenlage im Wettbewerbsrecht	212
l.	Multilaterale Interessen	212
2.	Gläubigermehrheit bei Unterlassungsansprüchen	214
	a) Vielzahl von potentiellen Gläubigern	
	von Unterlassungsansprüchen	214
	b) Vertrauensgrundlage bei	
	lauterkeitsrechtlichen Mehrpersonenverhältnissen	216
	aa) Konkretes Vertrauen bei einer Vielzahl von Gläubigern	216

Inhaltsverzeichnis	XIX
bb) Bildung tatsächlichen Vertrauens	. 217
c) Eingeschränkte Anspruchsbefugnis zur Vertrauensbildung	
aa) Rein mitbewerberbezogene Verstöße	
(1) Individualinteressen eines Mitbewerbers	
bestimmte Mitbewerber	
bb) Marktbezogene Verstöße	
e) Gläubigermehrheit bei rein	. 222
mitbewerberschützenden Vorschriften	. 223
VI. Anwendungsbereich der Verwirkung im Lauterkeitsrecht	
1. Berücksichtigung von Allgemeininteressen	
2. Ausnahmen bei berührten Allgemeininteressen	. 226
VII. Voraussetzungen der Verwirkung im Lauterkeitsrecht	
Bürgerlichen Rechts	
2. Besitzstandserfordernis im Lauterkeits- und Immaterialgüterrecht	228
a) Schadensersatz-, Bereicherungs- und Auskunftsansprüche	
b) Besitzstandserfordernis bei Abwehransprüchen	
aa) Schutzwürdiger Besitzstand	
(1) Tatsächlicher Besitzstand	
(2) Schutzwürdigkeit des Besitzstands	
bb) Kriterien zur Bestimmung eines wertvollen Besitzstandsc) Unterscheidung nach der Anspruchsart	
aa) Entbehrlichkeit des Besitzstands	. 230
bei Schadensersatzansprüchen	. 237
bb) Zu erleidender Nachteil bei	
zukunftsgestaltenden Vorgängen	. 238
cc) Bewertung der Differenzierung der Rechtsprechung	
(1) Wesensverschiedenheit der Ansprüche	
(2) Mögliche Überschneidungen	
(3) Differenzierung nach der Zukunftsgerichtetheit	
des Verletzungsverhaltens	. 241
3. Ergebnis	
C. Anknüpfung des verwirkungsrelevanten Zeitablaufs	. 243
I. Paradigmenwechsel der Rechtsprechung	. 244
1. Vorangegangene Rechtsprechung	
Neuere Rechtsprechung im Kennzeichen- und Lauterkeitsrecht	244

II.	Entscheidungen zur Verwirkung von Unterlassungsansprüchen	245
1.	BGH-Entscheidung "Honda-Grauimport"	246
	a) Maßgeblicher Sachverhalt der Entscheidungb) Argumentation zur Verwirkung	246 246
2.	Bewertung	248
۷.	a) Verwirkung von Unterlassungsansprüchen	270
	wegen Parallelimporten	248
	aa) Vorinstanzliches Urteil des OLG Düsseldorf	248
	bb) Stellungnahme im Schrifttum	248
	cc) Parallelimport als Fallkonstellation	
	möglicher Kennzeichenrechtsverletzungen	249
	b) Herkömmliches Verwirkungskonzept	249
	aa) Untätigkeit der Klägerin	250
	bb) Sporadische Verletzungshandlungen	250
3.	Ergebnis	251
III.	Übertragung der Rechtsprechung ins Lauterkeitsrecht	252
1.	BGH-Entscheidung "Hard Rock Cafe"	252
••	a) Maßgeblicher Inhalt der Entscheidung	253
	aa) Sachverhalt	253
	bb) Argumentation zur Verwirkung	253
	(1) Kennzeichenrechtliche Unterlassungsansprüche	253
	(2) Lauterkeitsrechtliche Unterlassungsansprüche	254
	(a) Anwendbarkeit der Verwirkung auf den	
	lauterkeitsrechtlichen Irreführungsschutz	254
	(b) Verwirkung des	
	lauterkeitsrechtlichen Unterlassungsanspruchs	255
	b) Bewertung	255
	aa) Anwendbarkeit der Verwirkung auf den	
	lauterkeitsrechtlichen Irreführungsschutz	255
	bb) Verwirkung von Wiederholungshandlungen	
	im Lauterkeitsrecht	256
	(1) Zeitliche Abfolge der Verletzungshandlungen	256
	(2) Vertrauenstatbestand	257
2	(3) Vorinstanzliches Urteil des OLG Karlsruhe	257
2.	Nachfolgende BGH-Entscheidungen und Instanzrechtsprechung	258
	a) BGH-Entscheidung "Peter Fechter"	259 259
	aa) Maßgeblicher Sachverhalt	259
	bb) Argumentation zur Verwirkung	259 260
	c) Instanzrechtsprechung	260
3.	Ergebnis	262
IV	Differenzierung zwischen Dauer- und Wiederholungshandlungen	263

	Inhaltsverzeichnis	XXI
1.	Abgrenzung zwischen Dauer- und Wiederholungshandlungen	263
	a) Abgrenzungskriterien	263
	b) Abgrenzungsschwierigkeiten	265
2.	Differenzierung nach der Verletzungsart im Verjährungsrecht	266
	a) Maßgeblichkeit der Verletzungshandlung im Verjährungsrecht	266
	b) Beginn der Verjährungsfrist	267
3.	Differenzierung nach der Verletzungsart im Rahmen	
	der Verwirkung	268
	a) Praktische Konsequenzen für den	
	verwirkungsrelevanten Zeitablauf	269
	b) Parallele zur Verjährung	269
	c) Bedeutung der Verletzungshandlung für den	
	verwirkungsrelevanten Zeitablauf	270
	aa) Schutzlücke bei sich	
	wiederholenden Verletzungshandlungen	270
	bb) Beginn des verwirkungsrelevanten Zeitablaufs	
	bei Wiederholungshandlungen	271
4.	Ergebnis	272
17		273
V.	Dogmatik der Verwirkung	
1.	Vergleich mit einer lizenzvertraglichen Situation	273
	a) Argumentation des BGH in der "Honda-Grauimport"-	272
	Entscheidung	273
	b) Vergleichbarkeit der lizenzvertraglichen Situation mit	274
	der Verwirkung	274
	aa) Lizenzvertragliche Situation	274
	(1) Beendigung des Lizenzvertrags	274
	(2) Keine Weiterbenutzungsrechte des Lizenznehmers	275
	bb) Situation bei der einseitigen Gestattung	276
	cc) Situation bei der Verwirkung im Lauterkeitsrecht	276
	(1) Ähnlichkeit der Verwirkung mit einer	255
	einseitigen Gestattung	277
	(2) Rechtsposition und Besitzstand	277
_	c) Stellungnahme	278
2.	Isolierte Prüfung des Zeitablaufs	278
	a) Erforderliche Gesamtbetrachtung	279
	b) Keine Beschränkung der Verwirkung durch typisierende Regeln	280
3.	Jeweiliger Neubeginn des Zeitablaufs	
	und Vertrauensschutzprinzip	280
	a) Bedeutung der Anspruchsentstehung für	
	das Vertrauensverhältnis	281
	aa) Tatsächliche Lebensbeziehung	281
	bb) Verletzung unterschiedlicher Rechtspositionen und qualitativ	
	verschiedene Handlungen	281

	cc) Gleichförmigkeit des Handelns	282
	b) Bezugspunkt des verwirkungsrelevanten Vertrauens	282
	aa) Bezugspunkt des Verhaltens des Gläubigers	283
	bb) Bezugspunkt des tatsächlichen Vertrauens des Schuldners	284
	cc) Maßgebliche Perspektive für die Schutzwürdigkeit	
	des Schuldnervertrauens	285
	(1) Fehlendes Bewusstsein des Schuldners für	
	die Verletzungshandlung	286
	(2) Zukunftsbezogenheit des Vertrauens	286
	(3) Intensiviertes Vertrauen	
	bei Wiederholungshandlungen	287
	(4) Einfluss des Schuldnerverhaltens auf die	207
	Schutzwürdigkeit des Vertrauens	288
	(a) Zeitliche Unterbrechungen	288
	(b) Umstände der Verletzungshandlungen	288
4.	Schutzwürdigkeit des Besitzstands bei Wiederholungshandlungen	289
- . 5.	Verwirkung als Erhalt des "status quo"	290
٥.	a) Zukunftsbezogenheit der Verwirkung gem. §21 Abs. 1 bis	270
	Abs. 3 MarkenG	291
	b) Zukunftsbezogenheit der allgemeinen Verwirkung	271
	von Unterlassungsansprüchen	292
	c) Zukunftsbezogenheit des Besitzstands	292
	aa) Recht auf Fortsetzung der Verletzungshandlungen	293
	bb) Reichweite des schutzwürdigen Besitzstands	294
	(1) Räumlicher Umfang des Besitzstands	294
	(2) Sachlicher Umfang des Besitzstands	294
	cc) Ausdehnungsverbot	295
6	Ergebnis	293
6.	Ergeoms	290
П	Lägungskanzanta	299
υ .	Lösungskonzepte	299
Ι.	Normative Zusammenfassung von Verletzungshandlungen	299
1.	Art und Weise der Wiederholungshandlungen	300
2.	Berücksichtigung eines wirtschaftlichen Zusammenhangs	300
	a) Rechtliche Handlungseinheit im Strafrecht	301
	aa) "Natürliche Handlungseinheit"	301
	bb) "Fortsetzungszusammenhang"	301
	b) Rechtliche Handlungseinheit im Zivilrecht	302
	aa) Verjährungsrecht	303
	bb) Strafbewehrte Unterlassungsverpflichtungen	303
	cc) Verhängung von Ordnungsmitteln	304
	c) Normative Handlungseinheit im Rahmen der Verwirkung	305
	aa) Strafrechtliche Beweggründe	305

	Inhaltsverzeichnis	XXIII
	bb) Übertragbarkeit der strafrechtlichen Argumentation	
	cc) Interessenlage bei der Verwirkung	
3.	Ergebnis	307
II.	Gegenstand der Verwirkung	
1.	Isolierte Betrachtung des Unterlassungsanspruchs	
	a) Unterlassungsansprüche bei Verletzung absoluter Rechteb) Unterlassungsansprüche bei Verstößen	309
2.	gegen Verhaltensnormen	309
	individueller Anspruch	310
	a) Primäre und sekundäre subjektive Rechte nach Raiser	
	b) Geschützte Rechtspositionen im Lauterkeitsrecht	
	aa) Schutzgutsdiskussion im älteren Schrifttum	
	bb) Kein individueller Zuweisungsgehalt im Lauterkeitsrecht	
	cc) Einordnung als "Recht des geistigen Eigentums"	
	dd) Lauterkeitsrechtliche Verbotsnormen	
	c) Unabhängigkeit sekundärer Rechte im Lauterkeitsrecht	
3.	Konkretisierte Rechtsposition als tauglicher Anknüpfungspunkt	319
	a) Relevanz für den Beginn des verwirkungsrelevanten Zeitablaufs	320
	b) Verwirkungsrelevantes Vertrauen in Bezug auf	
	die Rechtsausübungsfreiheit	320
	c) Bewertung	320
4.	Ergebnis	321
III.	Lösung im Vertrauensschutzprinzip	322
1.	Beginn des verwirkungsrelevanten Zeitablaufs	322
2.	Reduktion des verwirkungsrelevanten Zeitablaufs	322
3.	Analyse des Konzepts	323
	a) Anwendbarkeit im Kennzeichen- und Lauterkeitsrecht	
	b) Vertrauensschutz als maßgebliche Ratio	
	c) Anforderungen an einen starken Vertrauenstatbestand	324
	aa) Vorverhalten des Gläubigers	
	bb) Gleichförmigkeit der Verletzungshandlungen	
	cc) Regelhaftigkeit der Verletzungshandlungen	
	dd) Umstände zur Einbindung in den Vertrauenstatbestand	326
	d) Dogmatische Tragfähigkeit des Konzepts	
	aa) Unabhängigkeit der Verwirkung von der Verjährung	328
	bb) Gesamtbetrachtung	
	cc) Betonung des Vertrauensschutzes	
4.	Ergebnis	330
4. Т	Feil: Gesamtergebnis der Untersuchung	331

XXIV	Inhaltsverzeichnis	
Literaturverzeichnis		335
Register		357

1. Teil

Einführung

Die Verwirkung ist ein gesetzlich nicht ausdrücklich geregeltes Rechtsinstitut, das bereits vor Entstehung des Bürgerlichen Gesetzbuchs Gegenstand der Rechtsprechung war¹ und auch im Lauterkeitsrecht² Anwendung findet. Die auf Treu und Glauben gem. § 242 BGB³ gestützte Verwirkung beruht auf dem Gedanken des Vertrauensschutzes und versagt dem Gläubiger unter bestimmten Voraussetzungen die Rechtsausübung. Nach der Rechtsprechung tritt Verwirkung ein, wenn der Gläubiger über eine längere Zeitspanne hinweg untätig bleibt und der Schuldner tatsächlich darauf vertraut hat und auch bei verständiger Würdigung aller Umstände darauf vertrauen durfte, dass der Gläubiger sein Recht nicht mehr geltend macht.⁴ Dabei muss die "verspätete Geltendmachung"⁵ unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalls als eine für den Schuldner mit Treu und Glauben nicht zu vereinbarende Belastung erscheinen.6

¹ ROHG 9, 406; 23, 83; RGZ 32, 61.

² Gegenstand der Arbeit sind gesetzliche lauterkeitsrechtliche Unterlassungsansprüche. Das deutsche Lauterkeitsrecht ist kodifiziert im Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb ("UWG") in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. März 2010 (BGBl. I S. 254), das zuletzt durch Artikel 13 des Gesetzes vom 8. Oktober 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 272) geändert worden ist.

³ Bürgerliches Gesetzbuch ("BGB") vom 18. August 1896 in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Januar 2002 (BGBl. I S. 42, 2909; 2003 I S. 738), das zuletzt durch Artikel 34 Absatz 3 des Gesetzes vom 22. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 411) geändert worden ist.

⁴ Vgl. nur BGH NJW-RR 2014, 1043, 1044 f.

 $^{^5}$ BGH GRUR 2001, 323, 326 – Temperaturwächter, zur Verwirkung von Ansprüchen im Patentrecht.

⁶ Vgl. nur BGH NJW 2003, 824.

A. Problemstellung

Da die Verwirkung nicht ausdrücklich gesetzlich normiert ist, obliegt es der Wissenschaft und Praxis, ein im Einzelfall gerechtes Verwirkungskonzept zu entwickeln. Die lauterkeitsrechtliche Rechtsprechung hat sich dazu jahrzehntelang an schematischen Leitlinien¹ orientiert, nach denen sich der Eintritt der Verwirkung bestimmt hat.

Wenn beispielsweise der Schuldner über einen längeren Zeitraum hinweg wiederholt nachgeahmte Ware vertrieben hat und aufgrund des Verhaltens des Gläubigers davon ausgehen durfte, dass dieser nicht gegen ihn vorgeht, war die Verwirkung sowohl auf die daraus resultierenden Unterlassungs- als auch Schadensersatzansprüche anwendbar.² Die Verwirkung diente dem Schuldner in diesen Fällen dazu, seinen aus der Anspruchsdurchsetzung resultierenden wirtschaftlichen Wertverlust zu verhindern.³ Die Rechtsprechung hat damit wertungsmäßig schützenswertes Vertrauen des Schuldners berücksichtigt, vom Gläubiger nicht mehr in Anspruch genommen zu werden – unabhängig davon, welche Verletzungshandlung dem Anspruch zugrunde lag.⁴

Bei lauterkeitsrechtlichen Unterlassungsansprüchen hat die Rechtsprechung in den letzten Jahren ihr herkömmliches Verwirkungskonzept aufgegeben. ⁵ In der kennzeichenrechtlichen Entscheidung "Honda Grauimport" hat der BGH entschieden, dass der verwirkungsrelevante Zeitablauf bei Unterlassungsansprüchen, die aus gleichartigen Wiederholungshandlung resultieren, für jeden Anspruch neu beginnt. ⁶ Dies führt dazu, dass die singulären Ansprüche mangels eines ausreichend langen Zeitraums nicht mehr der Verwirkung unterliegen. Die Rechtsprechung hat diese Wertung mit der BGH-Entscheidung "Hard Rock

¹ Dazu *Neu*, Die neuere Rechtsprechung, S. 3 ff.

² Vgl. zur Irrelevanz der Verletzungshandlungen bei der Verwirkung von Unterlassungsansprüchen: BGH GRUR 1951, 159, 162 f. – Störche; GRUR 1960, 183, 185 f. – Kosaken-Kaffee; NJW-RR 1990, 1318, 1321 – Datacolor; GRUR 2012, 534, 538; GRUR 1993, 151, 153 – Universitätsemblem.

³ Ständige Rechtsprechung, vgl. nur: BGH GRUR 1989, 449, 451 – Maritim; GRUR 2003, 628, 630 – Klosterbrauerei; GRUR 2004, 783, 785 – NEURO-VIBO-LEX/NEURO-FIBRAFLEX; BGH GRUR 2016, 705, 709 – ConText.

⁴ GRUR 2012, 534, 538; GRUR 1993, 151, 153 – Universitätsemblem.

⁵ BGH GRUR 2012, 928, 930 – Honda-Grauimport; GRUR 2013, 1161, 1162 – Hard Rock Cafe; GRUR 2016, 705, 709– ConText.

⁶ BGH GRUR 2012, 928, 930 – Honda-Grauimport.

Cafe" ins Lauterkeitsrecht übertragen.⁷ Der BGH führt dazu aus, dass der Schuldner "[...] gegenüber bestimmten gleichartigen Verletzungshandlungen kein berechtigtes Vertrauen darauf begründen [kann], der [...] [Gläubiger] werde auch künftig ein derartiges Verhalten dulden und auch in Zukunft nicht gegen solche – jeweils neuen – Rechtsverletzungen vorgehen."⁸ Mit dieser einseitigen Interessengewichtung versagt die Rechtsprechung praktisch die Anerkennung der Verwirkung für lauterkeitsrechtliche Unterlassungsansprüche aus sich wiederholenden Verletzungshandlungen.

Dies scheint in bestimmten Fällen kontraintuitiv. Wenn der Schuldner etwa über einen ununterbrochen längeren Zeitraum dieselben unlauteren Nachahmungen vertrieben und ihm der Gläubiger zu verstehen gegeben hat, er werde ihn deswegen nicht in Anspruch nehmen, vertraut der Schuldner auf seine Nichtinanspruchnahme. Die neuere Rechtsprechung⁹ zerstört diese Vertrauensbildung, indem sie die Verwirkungsvoraussetzungen bei sich wiederholenden Verletzungshandlungen am Zeitablauf ausrichtet und für jeden daraus resultierenden Anspruch gesondert prüft. Dabei ging die frühere Rechtsprechung davon aus, dass sich der Schuldner etwa durch den langjährigen Vertrieb von Waren und den damit zusammenhängenden Entscheidungen eine schützenswerte Position aufbauen kann, die die Verwirkung bewahren soll.¹⁰

I. Lauterkeitsrechtliche Unterlassungsansprüche

Seit jeher unterlagen lauterkeitsrechtliche Schadensersatz- und Unterlassungsansprüche gleichermaßen der Verwirkung. ¹¹ Für Schadensersatzansprüche gilt das weiterhin. Für deren Verwirkung ist entscheidend, ob dem Schuldner die verspätete Geltendmachung des Rechts insgesamt nicht zugemutet werden darf. ¹² Bei Schadenersatzansprüchen besteht ohnehin kein verwirkungsrelevantes Problempotential, weil für sie regelmäßig die kurze Verjährung von sechs Monaten

⁷ BGH GRUR 2013, 1161, 1162 – Hard Rock Cafe.

⁸ BGH GRUR 2013, 1161, 1163 – Hard Rock Cafe.

⁹ Die angeführte Rechtsprechung liegt zwar bereits einige Jahre zurück. In Abgrenzung zu der seit Jahrzehnten vorangegangenen Rechtsprechung wird sie für die Zwecke dieser Arbeit als "neuere" Rechtsprechung bezeichnet.

¹⁰ RGZ 134, 38, 40 – Hunyadi Janos; RG GRUR 1939, 418, 419 – FiTiWi II; BGH GRUR 1963, 478, 481 – Bleiarbeiter; GRUR 1991, 157, 158 – Johanniter-Bier; vgl. GRUR 1998, 1034, 1037 – Makalu.

¹¹ BGH GRUR 1951, 159, 162 f. – Störche; GRUR 1960, 183, 185 f. – Kosaken-Kaffee; NJW-RR 1990, 1318, 1321 – Datacolor; GRUR 2012, 534, 538; sogar ohne Differenzierung zwischen Schadensersatz- und Unterlassungsansprüchen: BGH GRUR 1961, 420, 425 – Cuypers; GRUR 1963, 478, 480 – Bleiarbeiter.

¹² Beispielhaft: BGH GRUR 1951, 159, 162 f. – Störche; GRUR 1960, 183, 185 f. – Kosaken-Kaffee; NJW-RR 1990, 1318, 1321 – Datacolor; GRUR 2012, 534, 538 – Landgut Borsig.

im Lauterkeitsrecht eingreift. Das eingeschränkte Verwirkungskonzept betrifft nach der neueren Rechtsprechung nur lauterkeitsrechtliche Unterlassungsansprüche, ¹³ die Gegenstand der hiesigen Untersuchung sind.

Der Unterlassungsanspruch bildet das zentrale Durchsetzungsinstrument des Wettbewerbsrechts. 14 Dies liegt in erster Linie daran, dass der Unterlassungsanspruch auf die Verhinderung künftiger Beeinträchtigungen gerichtet ist, worauf es im Wettbewerbsgeschehen mehr ankommt als etwa im Bürgerlichen Recht. 15 In einem dynamischen Wettbewerb muss wettbewerbswidriges Handeln schnell abzustellen sein. Dies ist mit Unterlassungsansprüchen prinzipiell möglich. Sie zielen darauf ab, wirtschaftliche Einbußen des Gläubigers zu verhindern. Bei der Verwirkung von lauterkeitsrechtlichen Unterlassungsansprüchen bestehen näher zu prüfende Besonderheiten, die auch im Rahmen der Verwirkung berücksichtigt werden müssen. Sie können den Charakteristika des Lauterkeitsrechts, der lauterkeitsrechtlichen Unterlassungsansprüche oder der Anwendung der Verwirkungsgrundsätze auf das Lauterkeitsrecht geschuldet sein und sind vor dem Hintergrund der neueren Rechtsprechung zu analysieren. Auch wenn die Verwirkung auf lauterkeitsrechtliche Unterlassungsansprüche nur zurückhaltend angewendet wird, muss das Verwirkungskonzept auf eine dogmatisch tragfähige Grundlage rückführbar sein.

II. Rechtsprechungsänderung zur Verwirkung bei Unterlassungsansprüchen

Wie dargestellt, differenziert die neuere Rechtsprechung bei lauterkeitsrechtlichen Unterlassungsansprüchen nach der Art der Verletzungshandlung. ¹⁶ Den wiederholten Vertrieb nachgeahmter oder kennzeichenrechtsverletzender Ware ordnet sie beispielsweise als Wiederholungshandlung ein, die Führung eines Unternehmenskennzeichens als Dauerhandlung. ¹⁷ Bei Dauerhandlungen beginnt der verwirkungsrelevante Zeitablauf mit Anspruchsentstehung. Folglich kann

¹³ BGH GRUR 2013, 1161, 1162 – Hard Rock Cafe; vgl. GRUR 2016, 705, 709 – ConText zum Urheberrecht.

¹⁴ Vgl. *Fritzsche*, Unterlassungsanspruch, S. 23; vgl. *Schaub*, in: Teplitzky, 2. Kapitel Rn. 14. Das Wettbewerbsrecht im weiteren Sinn umfasst sowohl das Lauterkeitsrecht als auch das Kartellrecht, *von Gamm*, in: Reimer, Bd. 2, S. 8 Rn. 1. Das Wettbewerbsrecht im engeren Sinn findet seine Hauptgrundlage im Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb, *von Gamm*, in: Reimer, Bd. 2, S. 9 Rn. 2; *Fikentscher*, Wirtschaftsrecht, Bd. 2, § 22 S. 366 f. Die nachfolgende Darstellung beschränkt sich ausschließlich auf das Lauterkeitsrecht.

¹⁵ Schaub, in: Teplitzky, 2. Kapitel Rn. 14.

 ¹⁶ BGH GRUR 2012, 928, 930 – Honda-Grauimport; GRUR 2013, 1161, 1162 – Hard
 Rock Cafe; GRUR 2016, 705, 709 – ConText; zum Urheberrecht: BGH GRUR 2014, 363, 364
 Peter Fechter.

¹⁷ BGH GRUR 2012, 928, 930 – Honda-Grauimport; GRUR 2013, 1161, 1162 – Hard Rock Cafe.

bei unbeanstandeten Dauerhandlungen ein für die Verwirkung ausreichend langer Zeitablauf vorliegen. Anders ist dies bei Wiederholungshandlungen.

1. Jeweiliger Neubeginn der Verwirkung bei Wiederholungshandlungen

Bei Wiederholungshandlungen löst jede Verletzungshandlung einen neuen Unterlassungsanspruch aus. Bei ihnen beginnt die für den Verwirkungseintritt maßgebende Zeitspanne nach der neueren Rechtsprechung für jede einzelne Handlung von neuem. Auf die Gleichartigkeit, Periodizität oder etwaige Nähe zu Dauerhandlungen kommt es nach der Rechtsprechung nicht an. Der jeweilige Neubeginn des Zeitablaufs mit jeder Wiederholungshandlung führt dazu, dass die verwirkungsrelevante längere Zeitspanne jedenfalls für den letzten aus den Wiederholungshandlungen resultierenden Anspruch typischerweise nicht erfüllt ist. Mit diesem Anspruch dringt der Gläubiger dann gegen den Schuldner durch, wenn die Verjährung nicht greift. Wenn die Verwirkungsvoraussetzungen bei gleichartigen Wiederholungshandlungen für jeden daraus resultierenden Anspruch gesondert geprüft werden, ist die Verwirkung mangels ausreichend langen Zeitablaufs praktisch ausgeschlossen.

2. Eingeschränkte Verwirkung von lauterkeitsrechtlichen Unterlassungsansprüchen

Die Problematik der dargestellten Differenzierung bei Unterlassungsansprüchen wird anhand des folgenden Beispielsfalls deutlich: Wenn der Gläubiger gegenüber dem Schuldner zu verstehen gibt, er schreite nicht gegen die Ausstellung eines herabsetzenden Plakats in einem Schaufenster ein, vertraut der Schuldner darauf, deswegen zukünftig nicht in Anspruch genommen zu werden. Die Differenzierung der neueren Rechtsprechung führt jedoch zu folgendem Ergebnis: Wenn der Schuldner das Plakat einmal ins Schaufenster stellt und dort wochenlang stehen lässt, unterlägen die aus dieser Dauerhandlung resultierenden Unterlassungsansprüche prinzipiell der Verwirkung. Wenn der Schuldner hingegen das streitgegenständliche Plakat jeden Tag aufs Neue einstellt, könnten die gegen diese wiederholten Handlungen gerichteten Unterlassungsansprüche nicht verwirken.

Entsprechendes gilt, wenn der Schuldner unter einer lauterkeitsrechtlich zu beanstandenden Bezeichnung seit Jahrzehnten ein Restaurant betreibt und der Gläubiger den Eindruck erweckt, er werde deswegen nicht gegen ihn einschreiten: Die Unterlassungsansprüche des Schuldners wegen des Betriebs des Restaurants als Dauerhandlung unterlägen der Verwirkung. Dies gilt hingegen nicht für

¹⁸ BGH GRUR 2012, 928, 930 – Honda-Grauimport; GRUR 2013, 1161, 1162 – Hard Rock Cafe; GRUR 2016, 705, 709 – ConText; zum Urheberrecht: BGH GRUR 2014, 363, 364 – Peter Fechter.

Unterlassungsansprüche hinsichtlich der Ausgabe der mit der beanstandeten Bezeichnung etikettierten Speisekarten oder Gläser, weil sie Wiederholungshandlungen sind.

Die technische Differenzierung nach der Verletzungsart scheint deshalb nicht zu überzeugen, weil sie vermeintlich von kleinlichen Details abhängt und sich das Vertrauen des Schuldners nicht auf die Anspruchs- oder Verletzungsart, sondern darauf bezieht, dass der Gläubiger keine Ansprüche gegen ihn geltend macht. Es stellt sich die Frage, ob die eingeschränkte Verwirkung von lauterkeitsrechtlichen Unterlassungsansprüchen nach dem Konzept der neueren Rechtsprechung mit Wesen und Zweck der Verwirkung vereinbar ist.

a) Wesen der Verwirkung

Die Differenzierung nach der Verletzungsart stammt aus dem Verjährungsrecht¹⁹ und scheint in erster Linie unter dogmatischen Gesichtspunkten problematisch.

aa) Gleichlauf von Verjährung und Verwirkung bei Wiederholungshandlungen

Dogmatisch ist die Verwirkung ein von der Verjährung grundsätzlich unabhängiges Rechtsinstitut. Dementsprechend erlangte die Verwirkung insbesondere dann Bedeutung, wenn die Verjährung versagte. Bei Dauerhandlungen ist die Verwirkung nach wie vor unabhängig von der Verjährung: Beispielsweise beginnt die Verjährung bei der Benutzung eines Unternehmenskennzeichens grundsätzlich erst mit Abschluss der Verletzungshandlung zu laufen, Während für den verwirkungsrelevanten Zeitablauf auf den Handlungsbeginn abzustellen ist Wenn der Schuldner etwa über Jahre hinweg unbeanstandet ein nachgeahmtes Zeichen benutzt und die Verjährungsfrist noch nicht abgelaufen ist, steht dem Schuldner bei seiner Inanspruchnahme prinzipiell der Verwirkungseinwand zu. Folglich kann die Verwirkung eingreifen, ohne dass die Verjährungsfrist überhaupt zu laufen begonnen hat. Bei Dauerhandlungen läuft die Verwirkung deshalb nicht parallel zur Verjährung.

Anders ist die Situation hingegen, wenn der Schuldner wiederholt wettbewerbswidrig handelt. Wenn der Schuldner etwa wiederholt wettbewerbswidrige Ware vertreibt, beginnt die sechsmonatige Verjährungsfrist gem. § 11 UWG für die daraus resultierenden Unterlassungsansprüche, bei gegebener Kenntnis des Verletzten von den anspruchsbegründenden Tatsachen, jeweils mit Entstehung der einzelnen Ansprüche neu zu laufen. ²³ Entsprechend beginnt nach der jünge-

¹⁹ BGH NJW 1986, 2309, 2311 f.; NJW 1986, 2827, 2829; Grothe, in: MüKo-BGB, §199 BGB Rn. 13 ff.

²⁰ Vgl. Droste, GRUR 1950, 560, 561; von Godin, UWG, § 1 Rn. 282. Dazu 2.E.I.1, S. 99.

²¹ BGH GRUR 2003, 448, 450 – Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft.

²² Büscher, in: Fezer/Büscher/Obergfell, § 8 UWG Rn. 358 m. w. N.

²³ BGH NJW 1978, 1377, 1378 – Fahrradgepäckträger II; *Grothe*, in: MüKo-BGB, § 199 BGB Rn. 14.

ren Rechtsprechung auch der verwirkungsrelevante Zeitablauf für jeden Anspruch gesondert mit Entstehung des Anspruchs neu. ²⁴ Damit beginnen Verjährung und Verwirkung bei sich wiederholenden Handlungen gleichzeitig. Zumindest der letzte aus der Verletzung resultierende Anspruch kann dann mangels ausreichend langer Zeitdauer nicht verwirken. Wenn die Verjährung nicht greift, steht dem Schuldner kein Verteidigungsmittel zu, mit dem er seine Inanspruchnahme abwehren kann.

bb) Verletzungshandlung im Rahmen der Verwirkung

Der von der neueren Rechtsprechung ins Feld geführte Ansatz, darauf abzustellen, ob der Schuldner ununterbrochen oder jeweils von neuem wettbewerbswidrig verletzt, ist dem Verwirkungsgrundsatz fremd. Er erklärt sich nicht zuletzt wohl auch aus dem Bestreben, den nicht kodifizierten und schwer prognostizierbaren Tatbestand der Verwirkung fassen und eingrenzen zu können.

Der Zweck der Verwirkung ist es, denjenigen zu schützen, der sich durch eine wettbewerbswidrige Handlung eine wertvolle Position aufgebaut hat und dessen Vertrauen darauf schutzwürdig ist.²⁵ Dies steht seit jeher im Kontext damit, dass sich der Verwirkungstatbestand aus der Perspektive des Schuldners beurteilt: Bei der Bewertung der Verwirkung wird darauf abgestellt, dass die Geltendmachung von Rechten des Gläubigers für den Schuldner unzumutbar ist.²⁶ Die neuere Rechtsprechung wirft die Frage auf, ob die schutzwürdigen Interessen des Schuldners noch ausreichend Berücksichtigung finden.

b) Schutzwürdigkeit des Schuldners

Mit der neueren Rechtsprechung lässt sich argumentieren, dass dem Schuldner der Verwirkungseinwand verwehrt bleiben soll, wenn er stets von neuem wettbewerbswidrig handelt. Es fragt sich jedoch, ob ein Schuldner, der wiederholt handelt, nicht genauso schutzwürdig sein kann wie ein Schuldner, der dauernd wettbewerbswidrig handelt.

aa) Vertrauen des Schuldners

Die Erscheinungsformen möglicher Verletzungshandlungen sind vielfältig. Sie können etwa zeitlich in sehr engen oder weit auseinanderliegenden Abständen, gleichförmig oder qualitativ unterschiedlich erfolgen. Bezugspunkt des für die

²⁴ BGH GRUR 2012, 928, 930 – Honda-Grauimport; GRUR 2013, 1161, 1162 – Hard Rock Cafe; GRUR 2016, 705, 709 – ConText; zum Urheberrecht: BGH GRUR 2014, 363, 364 – Peter Fechter.

²⁵ Thiering, in: Ströbele/Hacker/Thiering, § 21 MarkenG Rn. 61.

²⁶ Vgl. *Fritzsche*, Unterlassungsanspruch, S. 520; *Siebert*, Verwirkung und Unzulässigkeit der Rechtsausübung, S. 184; *Hamburger*, Treu und Glauben, S. 83; *von Godin*, UWG, § 1 Rn. 272.

Verwirkung maßgeblichen Vertrauens des Schuldners ist stets das Verhalten des Gläubigers²⁷: Der Gläubiger muss durch sein Verhalten gegenüber dem Schuldner objektiv Grund zur Annahme gegeben haben, dass er sein Recht nicht mehr geltend macht.²⁸ Vor diesem Hintergrund scheint die Differenzierung der Rechtsprechung nach der Verletzungsart problematisch.

bb) Differenzierung nach der Art der Verletzungshandlung

Wenn beispielsweise im Rahmen eines von der Wettbewerbsordnung gebilligten Geschäftsmodells wettbewerbswidrig Waren vertrieben werden, klassifiziert die Rechtsprechung den Warenvertrieb als Wiederholungshandlung.²⁹ Ungeachtet eines etwaigen Vertrauens des Schuldners könnte der Gläubiger nunmehr die Unterlassung des Warenvertriebs verlangen. Der über Jahre hinweg gebildete Geschäftswert auf Seiten des Schuldners bliebe dabei unberücksichtigt. Denn zumindest der aus der letzten Wiederholungshandlung resultierende Unterlassungsanspruch wäre schon mangels ausreichend langen Zeitablaufs nicht verwirkt.

Würde der Schuldner dagegen unter einer wettbewerbswidrigen Bezeichnung Dienstleistungen anbieten und sich der Gläubiger gegen die Führung einer Firmierung wehren, wäre das Schuldnervertrauen nach der jüngeren Rechtsprechung schutzwürdig. Denn die Führung einer Unternehmensbezeichnung ordnet die Rechtsprechung als Dauerhandlung ein. Bei Dauerhandlungen beginnt der für die Verwirkung maßgebliche Zeitraum unabhängig vom Verjährungsbeginn, der erst mit Ende der Dauerhandlung einsetzt, bereits mit der Vornahme der Handlung. Deshalb scheitert das Erfordernis eines ausreichend langen Zeitablaufs bei Dauerhandlungen nicht per se. Demnach stände es dem Schuldner prinzipiell frei, sich mit der Verwirkung zu wehren.

Das angeführte Beispiel zeigt, dass es auf den ersten Blick nicht nachvollziehbar ist, weshalb das Vertrauen eines Schuldners bei wettbewerbswidrigen Wiederholungshandlungen weniger schutzwürdig ist als bei wettbewerbswidrigen Dauerhandlungen. Dauerhandlungen und sich wiederholende Handlungen können unter Umständen nah beieinanderliegen und lassen sich im Einzelfall nur schwer abgrenzen.³² Dies ist insbesondere der Fall, wenn Wiederholungshandlungen gleichförmig sind und regelmäßig erfolgen.

²⁷ Vgl. *Kegel*, in: FS Pleyer, 1986, 513, 524.

²⁸ Vgl. BGH NJW 2018, 1013, 1014.

²⁹ BGH GRUR 2012, 928, 930 – Honda-Grauimport; GRUR 2013, 1161, 1162 – Hard Rock Cafe.

³⁰ BGH GRUR 2013, 1161, 1163 – Hard Rock Cafe.

³¹ Bacher, in: Teplitzky, 17. Kapitel Rn. 3c.

³² So auch *Ludwig/Schwalb*, WRP 2014, 669, 672, die jedoch der Ansicht der neueren Rechtsprechung folgen.

3. Unzureichende Auseinandersetzung im Schrifttum

Insbesondere im älteren Schrifttum werden die dogmatischen Grundlagen und Voraussetzungen der Verwirkung im Lauterkeitsrecht behandelt.³³ Das Schrifttum setzt sich allenfalls reflexartig damit auseinander, ob die Unterscheidung der neueren Rechtsprechung nach der Verletzungsart haltbar ist.³⁴ Nur wenige widmen sich diesem Thema kritisch, insbesondere *Goldmann*³⁵, *Fritzsche*³⁶ und *Thiering*³⁷. Der überwiegende Teil im Schrifttum folgt indes der Auffassung der neueren Rechtsprechung. Erklärungen, weshalb im Rahmen der Verwirkung von Unterlassungsansprüchen ein Paradigmenwechsel erfolgt ist, finden sich weder in Rechtsprechung noch im Schrifttum.

³³ Folgende Beispiele seien genannt: *Siebert*, Verwirkung und Unzulässigkeit der Rechtsausübung; *Tschigale*, Rechtsnatur der Verwirkung; *Frank*, Verwirkung im Wettbewerbsrecht; *Meyer*, Verwirkung im Wettbewerbsrecht; *Gumpel*, Verwirkung im Wettbewerbsrecht; *Karakantas*, Die Verwirkung; *Furler*, Besitz, Verkehrsgeltung, *Oppenheim*, Verwirkung im gewerblichen Rechtsschutz; *Schmidt*, Rechtsnatur der Verwirkung.

³⁴ Köhler, in: Köhler/Bornkamm/Feddersen, § 11 UWG Rn. 2.14; *Ohly*, in: Ohly/Sosnitza, UWG, § 8c UWG Rn. 38; *Dreyer*, in: Harte-Bavendamm/Henning-Bodewig, § 5 UWG Rn. 392; *Bacher*, in: Teplitzky, 17. Kapitel Rn. 3b.

³⁵ Goldmann, GRUR 2017, 657.

³⁶ Fritzsche, in: MüKo-UWG, §11 UWG Rn. 295 f.

³⁷ *Thiering*, in: Ströbele/Hacker/Thiering, §21 MarkenG Rn. 63 ff. zum Kennzeichenrecht, der auch die unzureichende Auseinandersetzung im Schrifttum bemängelt; vgl. auch *Krüger*, WRP 2016, 1214, 1216.

Register

Absolute Rechte 129–131, 173, 309 Abwehransprüche 140

- Besitzstandserfordernis 231–236, 239
- rechtsmissbräuchliche
 Geltendmachung 179

Aktivlegitimation *siehe* Anspruchsbefugnis

Anspruch 82, 310, 321

Anspruchsbefugnis 218

- eingeschränkte 196–197, 218–221
- weite 203, 223

Anspruchsentstehung 102, 186, 267, 280, 322

Aufwertungsrecht 184

Ausschließlichkeitsrecht siehe Absolute Rechte

Außentheorie 49

Besitzstand 155, 226, 228, 239, 241, 277, 289, 292, 294, 328, 331

- Rechtsprechung 294
- schutzwürdiger 155, 227, 234, 244, 255, 277, 290, 293, 294
- tatsächlicher 156, 232

Besondere Umstände 63, 73, 142, 249, 279, 322, 329, 331

Betriebliche Übung 82

Bewegliches System 88, 90, 147

Beweiserleichterungen 205

Bona fides 20, 21, 48

Dauerhandlungen 5 f., 7, 9, 137, 263–268 Deliktsrecht 168, 174, 315 Dingliche Rechte 69, 111, 130–132, 139 Dogmatik 27, 31, 273–296, 328–330 Eilrechtsschutz siehe Vorläufiger Rechtsschutz

Einrede 23, 93, 103, 132

Einstweiliger Rechtsschutz siehe

Vorläufiger Rechtsschutz

Einwendung 93, 133, 233

Einzelhandlungen 136 f., 141, 263, 267, 293, 302

Erklärungsgehalt 108 f.

Erlassvertrag 106 f., 123 f.

Ersitzung 20, 105, 110 f.

Erwirkung 111

Europarecht 164, 167

Exceptio doli 21, 23 f., 30, 38, 105

Fortsetzungszusammenhang 293, 301 f.

Gemeinschaftsgedanke 31-33, 49 f.

Generalklausel 32, 37, 39 f., 44,

169–173, 315 f.

Gesamtbetrachtung 74, 279, 289, 328

Gestattung 276-278

Glauben 20, 34, 40,44

Gläubigermehrheit 214, 223

Gläubigerverhalten 59, 75, 82, 122, 216,

- Untätigkeit 64, 75, 218, 250, 324
- Zurechenbarkeit 79

Gleichförmigkeit 282, 325

Handlungseinheit 301-307

- im Zivilrecht 302-304
- im Strafrecht 301-302

Innentheorie 32, 49

Instanzrechtsprechung 258, 261

Interessen 41, 53, 74, 306

358 Register

 Allgemeininteressen 177, 212, 214, 225, 227, 234

- individuelle 182, 219, 255
- Interessenabwägung 90, 171, 279, 328
- multilaterale 185, 212
- Verbraucherinteressen 164, 215
 Irreführungsschutz 188, 213, 221, 254
 Irreführungstatbestand siehe
 Irreführungsschutz

Kompensation 195 Kontinuitätsinteresse 72, 285, 287

Lauterkeitsrecht 159, 194, 252, 314 Lizenzvertrag 273–275 Lösungskonzepte 299–330 Luhmann 115–117

Marktverhaltensrecht 160, 173, 201, 316 Missbrauchsverbot *siehe* Rechtsmissbrauch

Oppenheimer 30–32 Ordnungsmittel 304

Paradigmenwechsel 10, 234, 244 Präventivfunktion 194, 200 Privatautonomie 52, 71, 76, 105, 118 Privatrechtsordnung 27, 32

Raiser 312

Recht des geistigen Eigentums 317 Rechtsausübung 19, 46, 50, 127, 320

- Rechtsausübungsfreiheit 127, 320
- Rechtsausübungsmacht 134, 319
- unzulässige Rechtsausübung 39, 46–52, 105

Rechtsfolge 93, 290

Rechtsgrundlage 19, 33, 45, 179, 184

- Rechtsmissbrauch 47, 50
- auf unionsrechtlicher Ebene 167
- individueller 51
- institutioneller 50

Rechtsposition 49, 281, 310, 314, 319 Rechtspositivismus 29 Rechtsprechung 5, 24, 245, 252 Rechtsschein 48, 55, 116 f., 120, 123 Reichsgericht 26, 139, 182 Reichsoberhandelsgericht 25 Relative Rechte 129 Risikoentscheidung 117, 123 Risikosphäre 58, 79 f. Römisches Recht 20–24

Schadensersatzansprüche 196, 200, 202, 237

Schutzgut 176, 314

Schutzlücke 119, 161, 270, 328

Schutzwürdigkeit 8, 285

- des Besitzstands 234, 289
- des Schuldners 74
- des Vertrauens 81, 217, 285, 287 f.,325

Siebert 31, 33, 49, 63 Sittenwidrigkeit 38 f., 105, 162, 171 Status quo 56, 290 Strafrecht 42, 120, 301, 305 Subjektive Rechte 31, 49, 128, 310, 318, 321

- primäre 312
- sekundäre 312

Treu und Glauben 19, 27, 34, 40, 42, 47, 86

- Begriff 40
- Grundsatz 40
- Normierung 34

Treueverstoß 24, 52, 59, 286

Umstandsmoment *siehe* Besondere Umstände

Unterlassungsansprüche 4, 136,

- 189-211, 309
- gesetzliche 190
- kennzeichenrechtliche 253, 314
- lauterkeitsrechtliche 4, 189, 254
- Verletzungsunterlassungs
 - anspruch 192
- vorbeugende 193
- zivilrechtliche Durchsetzung 203

Register 359

Venire contra factum proprium nulli conceditur 52–57, 122

Veranlassungsprinzip *siehe* Risikosphäre Verbotsnormen 172 f., 176, 288, 309, 317–319, 326

Verhaltensbeitrag 58, 75–80, 82 f., 122, 282–285, 324

- des Gläubigers 58, 75–80, 82 f., 122, 324
- des Schuldners 81, 288, 326
- vertrauensbegründender 76–78, 282–285

Verjährung 7, 99–104, 132, 279, 328

- Verjährungsfrist 66-68, 186 f.
- Verjährungsrecht 266–272, 302 f.

Verkehrssitte 41 f.

Verletzungsart 136 – 138, 266–272

Verschweigung 17, 104, 139

Verstöße 137, 195, 204, 309

- marktbezogene 221, 234
- mitbewerberbezogene 218, 223

Verteidigungsmittel 132-134

Vertrauen 8, 54–57, 80–84, 122, 281, 320, 323, 329

- Bezugspunkt 282–288
- im rechtlichen Kontext 55
- intensiviertes 287
- schutzwürdiges 74, 81 f., 217, 288
- tatsächliches 81, 216, 271 f.
- Vertrauensgrundlage in Mehrpersonenverhältnissen 216–224
- Vertrauensmechanismus bei der Verwirkung 121–125, 324–329

Vertrauensdisposition *siehe* Vertrauensinvestition

Vertrauenshaftung 56, 83, 114 f.

Vertrauensinvestition 84–87, 229 f., 237–239

Vertrauensschutzprinzip 54–58, 113–121, 280, 292

Vertrauenstatbestand 80–84, 257, 281, 324–326

Verwirkung 7, 13, 59, 181, 224, 273, 308

 als Unterfall unzulässigen widersprüchlichen Verhaltens 59 f. - Anwendungsbereich 127–134, 186–188, 224–227

- Ausnahmen 135–145, 226
- Bedeutung im Lauterkeitsrecht 181–188
- Begriff 15-18
- gesetzliche Sonderregeln 16, 135 f.
- im Kennzeichenrecht 151-158
- im Lauterkeitsrecht 149, 159–243
- Voraussetzungen 63–90, 227–242

Verwirkungskonzept *siehe* Verwirkung Verzicht 27, 106–109

Vorkommission 35, 37

Vorläufiger Rechtsschutz 207-209

Wahrscheinlichkeit 73, 287, 289, 323, 325 – 327

Wechselwirkung 88-89, 299

Widersprüchliches Verhalten siehe venire contra factum proprium nulli conceditur

Wiederholungshandlungen 6 f., 137, 187, 256–257, 263–265, 271, 287, 289 f.

Wilburg 88 f.

Zeitablauf 64–73, 243–251, 269–272, 320–322

- Bedeutung 71 f.
- Beginn 65 f., 138, 244, 269–271, 280, 320
- isolierte Prüfung 278–280

Zeitmoment siehe Zeitablauf

Zukunftsbezogenheit 198, 200, 286, 291, 292

Zurechnung 58, 78–80

Zuweisungsgehalt 315-318

Zweite Kommission 35-38